

8. Auswärtige Kulturpolitik

8.1 Koloniale Strategien der auswärtigen Kulturpolitik

Der Terminus »auswärtige Kulturpolitik« hat eine recht junge Geschichte, so stellt Hannah Bauersachs fest:

»Der Begriff Auswärtige Kulturpolitik wurde 1912 von dem Historiker Karl Lamprecht geprägt, der ihn im Rahmen einer Tagung des Verbandes für internationale Verständigung in seiner vielbeachteten Rede ›Über auswärtige Kulturpolitik‹ erstmals nachweisbar verwendete. Wenngleich es [...] in der Weimarer Republik und auch bereits im Kaiserreich durchaus ›grenzüberschreitende Kulturbeziehungen‹ gab, fasste Lamprecht diese erstmals begrifflich zusammen und schuf so eine neue politische Kategorie, deren immanente Widersprüchlichkeit bereits in der Wortverbindung von Kultur und Politik angelegt ist.«¹

Die »immanente Widersprüchlichkeit« findet sich insbesondere in der Verknüpfung von Kunst und Politik. Während in der Geschichte offensichtlich ist, dass Politik und Kultur häufig an einem Strang ziehen, politische Eliten eine nach ihren Vorstellungen konstruierte Kultur nutzen, steht Kunst oft im Widerspruch zu diesen. Obwohl auch Kunstschaffen für politische Zwecke instrumentalisiert oder zensiert wird,

1 Bauersachs, Hannah (2019): *Wandlungsprozesse in der deutschen Außenkulturpolitik*, Wiesbaden: Springer VS, S. 75.

sind doch immer Bestrebungen sichtbar – so in der *Commedia dell'arte*, in der Avantgarde und im Widerstand gegen das DDR-Regime –, Politik zu kritisieren und ihre Strategien zu perpetuieren. Bauersachs' Hinweis, dass trotz der jahrhundertelangen teils kolonialen und imperial geprägten Kulturbeziehungen zwischen dem Kaiserreich und den Vorgängerstaaten der Begriff erst 1912 verwendet wurde, stützt die These, dass Kulturbeziehungen, wie in den geschichtlichen Linien gezeigt, stets Teil einer politischen Agenda waren und Kultur meist nicht losgelöst von Politik gedacht wurde, sondern beide sich überlagerten.

Gegen Ende des 19. und mit Beginn des 20. Jahrhunderts wird diese Überlagerung von Politik und Kultur jedoch mehr und mehr aufgebrochen. In der Wissenschaft etablierten sich Regionalwissenschaften (Afrika- und Orientwissenschaften), Institute wurden von deutschen Archäolog*innen und Kunsthistoriker*innen weltweit gegründet, sodass ein akademischer Kulturaustausch entstand, der, trotz seines kolonialen Gestus, sich nicht als politisch, sondern als wissenschaftlich begriff. In Stuttgart gründete sich 1917 das »Museum und Institut zur Kunde des Auslanddeutschtums und zur Förderung deutscher Interessen im Ausland«, das kurze Zeit später in das »Deutsche Auslandsinstitut« umbenannt wurde, dem heutigen »Institut für Auslandsbeziehungen« (ifa).² Mit der Gründung wurde wissenschaftliche Forschung mit dem Ansinnen eines internationalen Kulturaustauschs kombiniert. Nach Ende des Ersten Weltkriegs war das Auslandsinstitut bemüht, »das ruinierte Ansehen Deutschlands in der Welt und die soziale Stellung der Auslandsdeutschen zu verbessern.«³ Die in den 1920ern sichtbar zunehmenden internationalen Kooperationen förderten darüber hinaus ein globales Netzwerk an Kunstschaffenden, die unabhängig von der Politik agierten.

Ein weiterer Umstand, der das Ansinnen Lamprechts gestärkt haben wird, den Begriff Auswärtige Kulturpolitik ins Leben zu rufen, stellt die politische Instrumentalisierung von Kultur im Zuge der Kolonisierung

2 Die Geschichte des Instituts für Auslandsbeziehung wird auf dessen Website dargestellt. <https://www.ifa.de/ifa-geschichte/> (Aufruf 09.03.2026).

3 Ebd.

dar. Großbritannien, Frankreich, Belgien und später auch Deutschland haben ihre Macht in den Kolonien mittels Kultur gefestigt und somit auch die Vorstellungen der eigenen Nation und deren Wirkmacht untermauert. Indigene Kulturen wurden als »primitiv« degradiert, verboten und aus dem Kanon der jeweiligen Länder gedrängt und europäische Kulturen als fortschrittlich privilegiert dargestellt, um die koloniale Überlegenheit systematisch zu verankern. Ich habe einige Artikel und Publikationen zu diesem Themenfeld veröffentlicht, die Thematik wird im nächsten Kapitel noch aufgegriffen.⁴

Das kolonial-imperiale Bestreben europäischer Großmächte, ihre politischen Strategien mittels Kultur und Kunst umzusetzen, ist für die Entstehung und die Verwendung des Begriffs Auswärtige Kulturpolitik demnach grundlegend und fordert gleichzeitig eine postkoloniale Verantwortung in der Gegenwart ein. Während in der Weimarer Republik durchaus Wert auf internationale Zusammenarbeit gelegt und im Gestus der Avantgarde globale Kunstkooperation gefördert wurde, stand auswärtige Kulturpolitik im Nationalsozialismus wiederum ganz in kolonialer Tradition, die angebliche Übermacht Deutschlands in der Welt zu präsentieren. Deutlich wird dieses Ansinnen an der Arbeit des Deutschen Auslandsinstituts, welches dem Regime unterstellt wurde. Zu den neuen Aufgaben gehörten beispielsweise »die Propagierung der deutschen ›Rassenpolitik‹ und die ›Eindeutschung‹ ausländischer Gebiete.«⁵ Die hohe Bedeutung, welche die auswärtige Kulturpolitik für die

-
- 4 Vgl. Heinicke, Julius (2024): *Reconfiguring Postcolonial Cultural Policy*, in: Ke-
ne Igweonu, *Routledge Handbook of African Theatre and Performance*, London/
New York: Routledge, S. 103–113; Heinicke, Julius (2022): *Postkoloniale Kulturpo-
litik*, in: Azadeh Sharifi/Lisa Skwirblies (Hg.): *Theaterwissenschaft Postkolonial/
Dekolonial*, Bielefeld: transcript, <https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/9783839455531-013/html>, S. 177–196; Heinicke, Julius (2019): *Sorge um das
Offene: Verhandlungen von Vielfalt im und mit Theater*, Berlin: Theater der Zeit;
Heinicke, Julius (2013): *How to Cook a Country: Theater in Zimbabwe im politisch-
ästhetischen Spannungsfeld*, Trier: Wissenschaftlicher Verlag Trier, (LuKA Litera-
turen und Kunst Afrikas, Band 6).
- 5 Institut für Auslandsbeziehungen: *Geschichte des ifa*, <https://www.ifa.de/ifa-geschichte/> (Aufruf 09.03.2026).

Umsetzung der nationalsozialistischen Propaganda hatte, wird in der Vergrößerung des Instituts von 50 (1927) auf 157 (1939) Mitarbeiter*innen sichtbar.⁶

8.2 Neuanfänge: Auswärtige Kulturpolitik in der DDR und BRD der Nachkriegszeit

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs stand die auswärtige Kulturpolitik sowohl in der BRD als auch der DDR vor der Herausforderung, ein neues demokratisches bzw. sozialistisches deutsches Verständnis international zu präsentieren. Das »Deutsche Auslandsinstitut« gründete sich 1949 neu zum »Institut für Auslandsbeziehungen«. In der DDR, so argumentieren Hans Lindemann und Kurt Müller, wurde auswärtige Kulturpolitik strategisch genutzt, um einerseits die sozialistische Freundschaft der Völker mittels Kunst und Kultur voranzubringen und andererseits sich von Westdeutschland abzugrenzen.⁷ Der Fokus lag dabei nicht nur auf der Sowjetunion, sondern auf kommunistischen und sozialistischen Ländern weltweit. Ähnlich der hohen Bedeutung, die Kulturpolitik innerhalb der DDR seitens des Zentralkomitees der SED innehatte, war auch die auswärtige Kulturpolitik ein prominentes Anliegen der Regierung. Kunst- und theaterwissenschaftlicher Forschungsaustausch zwischen Universitäten und Wissenschaftler*innen, wie zum Beispiel Joachim Fiebachs Arbeiten, der zu einer der bekanntesten Wissenschaftler*innen im Feld der Theaterwissenschaften mit Bezügen zu afrikanischen Kulturen gehört, bezeugen das hohe auswärtige Kulturengagement nicht nur des DDR-Regimes, sondern auch der Wissenschaftslandschaft.⁸

6 Ebd.

7 Lindemann, Hans/Müller, Kurt (1974): *Auswärtige Kulturpolitik der DDR: Die kulturelle Abgrenzung der DDR von der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn: Verlag neue Gesellschaft.

8 Vgl. hierzu Fiebachs umfassende Publikation. Fiebach, Joachim (1986): *Die Toten als die Macht der Lebenden: Zur Theorie und Geschichte von Theater in Afrika*, Berlin: Henschelverlag.

1951 gründete sich das Goethe-Institut in Westdeutschland und eröffnete 1952 das erste Auslandsbüro in Athen, 1962 waren es bereits 52.⁹ In der Tradition der »Deutschen Akademie« wurde zwar die Vermittlung deutscher Sprache und Kultur fortgeführt, jedoch agierte das Institut zunächst in Deutschland mit einer recht unsicheren Perspektive. Aufgrund der kulturpolitischen Propaganda im Nationalsozialismus erschien es nicht angebracht, international aktiv zu werden. So lassen sich die ersten Jahre des Instituts als Versuch interpretieren, ein Deutschlandbild zu vermitteln, welches im Zeichen von Austausch, Besonnenheit, Frieden und Demokratie stand. 1953 wurde in Bonn die Deutsche Welle ins Leben gerufen, seitdem ist der Sender ein wichtiger Vermittler der auswärtigen Kulturarbeit und präsentiert und verhandelt verschiedenste politische Diskurse und kulturelle Themen, mit sowohl lokal als auch internationaler Perspektive.¹⁰

Bereits 1925 gründete sich der Akademische Austauschdienst e.V. in Heidelberg. Nach der Auflösung 1945 setzte der Deutsche Akademische Austauschdienst seine Arbeit 1949 wieder fort. Unzählige wissenschaftliche Kooperationen und Kunst- und Kulturprogramme werden von ihm gefördert.¹¹ Er ist somit ein entscheidendes Standbein der auswärtigen Kulturzusammenarbeit, da Forschungsansätze, Wissenssysteme und künstlerische Formate international präsentiert, verhandelt und kooperativ weiterentwickelt werden. Die Alexander von Humboldt-Stiftung, die 1953 wieder ihre Arbeit antrat, ist eine entscheidende Mittlerin in der Außenwissenschaftspolitik und Forschungszusammenarbeit.¹² Mit ihrer Unterstützung werden Stipendien und Austauschprogramme finanziert, koordiniert und organisiert. Sie haben international hohes Renommee.

9 Goethe-Institut: *Geschichte des Goethe-Instituts*, <https://www.goethe.de/de/uun/org/ges.html> (Aufruf 09.03.2026).

10 <https://www.dw.com/en/top-stories/s-9097> (Aufruf 06.05.2026).

11 <https://www.daad.de/de/der-daad/wer-wir-sind/wandel-durch-austausch/aufruch-und-bruch/> (Aufruf 06.05.2026).

12 <https://www.humboldt-foundation.de/entdecken/ueber-die-humboldt-stiftung/geschichte> (Aufruf 06.05.2026).

Mit der Gründung der Mittlerorganisationen in den 1950er Jahren hat die Bundesrepublik die Grundlage geschaffen, dass Deutschland heutzutage einer der wichtigsten globalen Akteur*innen im Kunst-, Kultur- und Wissenschaftsaustausch ist. Für die Außenpolitik ist dieses Pfund entscheidend, da großes weltweites Vertrauen in die deutsche Zusammenarbeit beobachtbar ist.

8.3 Die dritte Säule der Außenpolitik: Willy Brandts Aufwertung der Auswärtigen Kulturpolitik und Hildegard Hamm-Brüchers zehn Thesen

1969 schloss das Auswärtigen Amt (AA) ein Abkommen mit dem Goethe-Institut, um die Vermittlung deutscher Sprache und Kultur im Ausland zu fördern. Der Bund bzw. das Auswärtige Amt sind nach dem Grundgesetz (Artikel 31, Absatz 1) zuständig für auswärtige Angelegenheiten. Das Jahr 1969 ist auch für die strategische Ausgestaltung deutscher Außenkulturpolitik (AKP) ein besonderes. Der damalige Außenminister Willy Brandt ernannte Außenkulturpolitik zur dritten Säule der Außenpolitik neben der Sicherheits- und Wirtschaftspolitik.

Tatsächlich zeigt sich in den Folgejahren, dass die Kulturarbeit des Goethe-Instituts international, gesellschaftlich und politisch entscheidende Impulse setzte. 1970 gab das Auswärtige Amt Leitsätze für die auswärtige Kulturpolitik heraus, in welcher die Weltoffenheit deutscher Politik, die Notwendigkeit der multilateralen Beziehungen und auch die gemeinsame Geschichte der deutschen Staaten betont wird.¹³ Die Ausgaben des auswärtigen Kulturetats stiegen in den Folgejahren von 256 Mio. DM (1969) auf 737 Mio. DM (1982).¹⁴ Hildegard Hamm-Brücher, 1976–1982 Staatsministerin im Auswärtigen Amt, formulierte 1982 zehn beachtenswerte Thesen für kulturelle Begegnung, in der sie die »Gleichwertigkeit aller Kulturen«, die »Bedeutung eigenständiger

13 Auswärtiges Amt (1970): *Leitsätze für die auswärtige Kulturpolitik*.

14 Jahresberichte bzw. Zweijahres- und Dreijahresberichte der Kulturabteilung des Auswärtigen Amts 1970–1982.

Bildungsstrukturen«, das »gegenseitige Verständnis und Kenntnisse voneinander« als grundlegend für die AKP einstuft. Darüber hinaus setzte sie sich bereits in dieser Zeit für die Restitution von in kolonialen Kontexten geraubten Kunst- und Kulturgütern ein.¹⁵ In den Goethe-Instituten wurden in den 1970er, 1980er und frühen 1990er Jahren Produktionen des gesellschaftsreflektierenden deutschen Tanztheaters von Pina Bausch und Susanne Linke weltweit aufgeführt, die zum Beispiel in Argentinien, Chile und Indien große Erfolge feierten.¹⁶ Das ifa gründete 1971 die Galerie in Stuttgart, 1980 in Bonn und etablierte sich als Vermittlerin deutscher Kunst in internationalen Kontexten.

Nach dem Fall der Mauer konzentrierte sich die Auswärtige Kulturpolitik zunehmend auf den osteuropäischen Raum und die deutsch-deutsche Wiedervereinigung. Zwischen 1989 und 1996 wurden allein dreizehn Goethe-Institute in Osteuropa gegründet. Außenminister Joschka Fischer setzte ab 1998 auf Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit und erklärte beides zu Prinzipien der Außenkulturpolitik. Spätestens ab dieser Zeit wurde Kunst in der Außenkultur- und Bildungspolitik (AKBP) vermehrt als Mittel politischer Strategien genutzt. Diese Ausrichtung der Inanspruchnahme von Kunst wird in Fachkreisen der Kulturzusammenarbeit kritisiert. Tatsächlich lässt sich aus heutiger Sicht sagen, dass der Fokus auf rechtsstaatliche und demokratische Prinzipien in der internationalen Kulturarbeit nur bedingt erfolgreich war, da die gesellschaftlichen Kontexte und Erfahrungen sich regional zu unterschiedlich gestalten und es vermessen scheint, eigene Systeme anderen aufzuoktroyieren. Frank-Walter Steinmeier knüpfte als Außenminister (2005–2009, 2013–2016) an Willy Brandts und Hildegard Hamm-Brüchers Leitlinien an.

15 Hamm-Brücher, Hildegard/Auswärtiges Amt (Hg.) (1982): *10 Thesen zur kulturellen Begegnung und Zusammenarbeit mit Ländern der Dritten Welt*, Bonn.

16 Zur Bedeutung des Goethe-Instituts in Chile und Argentinien in den 1980er und 1990er Jahren vgl. Kaitinnis, Anna (2018): *Botschafter der Demokratie: Das Goethe-Institut während der Demokratisierungsprozesse in Argentinien und Chile*, Wiesbaden: Springer VS.

8.4 Auswärtige Kulturpolitik als Public Diplomacy: Frank-Walter Steinmeiers Strategie der Freiheit der Kunst

Steinmeiers AKBP war einerseits von sanfter Diplomatie (Public Diplomacy) und einem großen Vertrauen in die Kunst geprägt, demokratischen Dialog und gesellschaftliche Freiräume fördern zu können. In meiner eigenen Forschungsarbeit in Zimbabwe zwischen 2009 bis 2017 konnte ich die Bedeutung dieser »Freiräume«, die deutsche Mittlerorganisationen erschaffen, miterleben. Obwohl Kulturförderung immer noch oft an demokratische Ziele geknüpft war, wurden die Akteur*innen der deutschen auswärtigen Kulturpolitik als Förderer*innen freier Räume anerkannt. In Zeiten der arabischen Revolution, jedoch auch während des zunehmenden kulturellen Selbstbewusstseins afrikanischer Länder im Zuge der Verbreitung postkolonialen Diskurse, wurde deutlich, dass allein das Offenhalten von Räumen für freie Debatten im weitesten Sinne demokratiefördernd ist.

Die deutsche AKBP hat in diesen Jahren großes Vertrauen seitens Kulturschaffenden und Künstler*innen weltweit aufbauen können, da sie als verlässliche Partner*in erschien, die bottom-up-Prozesse stützte, ohne sich inhaltlich und politisch zu sehr einzumischen. Sie etablierte Public Diplomacy im wahrsten Sinne, da transparente Kommunikation und Kultur die internationale Zusammenarbeit stärkten. Allerdings lässt sich mit Blick auf das Erstarken von Autokraten und die Zunahme an politischen und kulturellen Polarisierungen fragen, ob allein das Schaffen künstlerischer Freiräume die Diskursoffenheit garantiert oder ob dies nicht in Verbindung mit Erkenntnis- und Reflexionsbildung einhergehen sollte, um den Vereinfachungen und Stereotypisierungen, die ebenfalls in der globalen Kulturszene zu beobachten sind, entgegenzuwirken. Eine stärkere Kooperation von Kultur- und Bildungseinrichtungen, durchaus sowohl lokal als auch global, wird vor diesem Hintergrund immer wieder diskutiert.

8.5 Auswärtige Kulturpolitik als Vehikel europäischer und nationaler Strategien: Gegenwärtige Beobachtungen

In den letzten Jahren hat sich die AKBP wiederum gewandelt. Während Annalena Baerbocks Zeit als Außenministerin wurden die feministische Außenpolitik und mit großer Unterstützung seitens der Behörde der Beauftragten für Kultur und Medien (BKM, Andreas Görgen und Claudia Roth) Restitutionsprozesse angestoßen, doch steht das Erschaffen der weltweiten künstlerischen Freiräume seitdem nicht mehr im Vordergrund. Das Auswärtige Amt setzt zwar weiterhin auf »softe« Formen der Diplomatie, jedoch im Sinne einer »Science Diplomacy« eher evidenzbasiert. Wenn es gelingt, »public« und »science« innerhalb der Cultural Diplomacy zu verbinden, also das Zusammendenken freier künstlerischer Gestaltung und Kommunikation mit bildungs- und wissenschaftlichem Erkenntnisgewinn, hätte auswärtige Kulturpolitik ein Mittel, der weltweiten Polarisierung entgegenzutreten. Gegenwärtig steht die politische Anerkennung auswärtiger Kulturzusammenarbeit jedoch eher in Verbindung mit messbaren und eher neoliberal anmutenden Wirkungskriterien. So etablierte das Goethe-Institut ein Programm zur kulturellen Vorbereitung potentieller Fachkräfte auf die Arbeit und das Leben in Deutschland.¹⁷ Der Etat des auswärtigen Bundeskulturhaushalts ist von 247,6 Millionen Euro im Jahr 2005 auf rund eine Milliarde im Jahr 2024 gestiegen, 2025 jedoch auf 957 Millionen Euro wieder runtergegangen.

Ähnlich der Situation innerhalb der deutschen Kulturlandschaft ist in der auswärtigen Kulturarbeit eine Zunahme an Einmischungsversuchen seitens der amtierenden Politik beobachtbar. Carola Lentz beschreibt in ihrer Reflexion über ihre Zeit als Präsidentin des Goethe-Instituts von 2020–2024 stete Versuche des Auswärtigen Amts, größeren politischen Einfluss auf das Institut zu gewinnen.¹⁸ Obwohl

17 Vgl. <https://www.goethe.de/de/spr/mig.html> (Aufruf 05.02.2026).

18 Lentz, Carola (2026): *Aus der Wissenschaft in die Kulturpolitik (und zurück). Eine Ethnologin als Präsidentin des Goethe-Instituts*, Arbeitspapiere des Instituts für Ethnologie und Afrikastudien der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, 215.

das Konzept der Mittlerorganisationen ein unabhängiges Agieren als selbständige Vereine suggeriert, regeln Rahmenverträge und Zielvereinbarungen auch dezidiert inhaltliche Schwerpunktsetzungen. Die Repräsentanz von Mitgliedern der Ministerien und Parlamente in den Entscheidungsgremien (z.B. Vorstand, Kuratorium) ist offensichtlich. Die Argumentation, da in den Mittlerorganisationen Steuergelder genutzt würden, habe das Auswärtige Amt ein Recht auf Einflussnahme, überzeugt vor dem Hintergrund der Geschichte kaum. Sicherlich ist es sinnvoll, in den Rahmenverträgen langfristige Ziele auszuhandeln, allerdings sollte hier die Langfristigkeit im Vordergrund stehen, damit die Mittlerorganisationen die inhaltliche Arbeit eigenverantwortlich leisten können, schließlich sind sie die Expert*innen und haben als Institutionen jahrzehntelange Erfahrungen. Das Auswärtige Amt sollte sich im Tagesgeschäft auf die finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen konzentrieren, Impulse aus der Außenpolitik und Unterstützung zu aktuellen Themen und Herausforderungen geben, nicht aber sich in die Programmarbeit und inhaltliche Positionierung einmischen.

In den letzten Jahren wird neben nationalen Strategien vermehrt eine gemeinsame europäische auswärtige Kulturpolitik diskutiert. Obwohl Kultur im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten liegt, kommt eine gemeinsame kulturpolitische Strategie aus mehreren Gründen vermehrt in Betracht:

- Viele Mitgliedstaaten eint, dass aufgrund zunehmender Globalisierung und Migrations- und Fluchtprozessen inländische und auswärtige Kulturpolitik sich überlagern, inländische Themen so auch eine europäische Perspektive haben.
- Europaweit sind eine politische Polarisierung und ein Rechtsruck beobachtbar. Beides fördert vereinfachende Freund-Feind-Muster, die ebenso auf Europa übertragen werden (Dichotomie Ost-West-Europa, Dichotomie europäisch-außereuropäisch, Dichotomie national-europäisch).
- Die außenpolitische globale Gesamtsituation erfordert eine europäische kulturpolitische Strategie, da beispielsweise China, Russland und die USA als global Player eigene außenkulturpolitische

sche Strategien verfolgen, denen nur mit einer gesamteuropäischen begegnet werden kann.

Gemeinsam mit dem ifa und der Stiftung Genshagen hat der UNESCO-Lehrstuhl Hildesheim im Sommer 2025 zu einem Expert*innenworkshop eingeladen und den Policy Brief »Kulturpolitik in Europa für freie und demokratische Gesellschaften« entwickelt.¹⁹ Die Empfehlungen auf europäischer Ebene schlagen eine stärkere Vernetzung und Förderung von kulturellen Institutionen und Rahmenbedingungen vor, in welchen europäische Werte auf verschiedene Weisen interpretiert werden. Die Multiperspektive auf Rechtsstaatlichkeit und Demokratie stellt sowohl innereuropäisch als auch außereuropäisch ein strategisches Aufgabenfeld der Kulturpolitik dar, da künstlerische und kulturelle Institutionen sich eignen, diese Vielstimmigkeit darzustellen, zu verhandeln und zu reflektieren. Aufgrund der internationalen Situation scheint es gegenwärtig angebracht, vermehrt europäische Strategien in Betracht zu ziehen. Allein die Kulturgeschichte verdeutlicht die unterschiedlichen europäischen Verflechtungen. Insbesondere in der Avantgarde wurde sichtbar, dass die Multiperspektivität dieses Bündnisses grundlegenden Transformationsprozessen begegnen kann.

8.6 UNESCO und die Deutsche UNESCO-Kommission

Die globale Rolle internationaler Kulturpolitik seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs lässt sich an der Geschichte der UNESCO verdeutlichen. Die Entwicklung der Deutschen UNESCO-Kommission ist bedeutsam, zeigt sich hierin doch das Verhältnis deutscher auswärtiger Kulturpolitik mit der anderer Staaten und dem Großbündnis. Im Gegensatz zu Polarisierung, Gewalt und Hass, die den Zweiten Weltkrieg bestimmten, stimmen die UNESCO eine andere Musik an. »Da Kriege im Geist der

19 <https://culturalrelations.ifa.de/en/research/results/shaping-cultural-policies-in-europe-for-free-and-democratic-societies/> (Aufruf 06.05.2026).

Menschen entstehen, muss auch Frieden im Geist der Menschen verankert werden«, fordert die Präambel 1945. Bei ihrer Gründung waren 37 Staaten involviert, 80 Jahre später zählt sie 194 Mitglieder.

Weltbekannt wurde die UNESCO über die Vergabe ihrer Gütesiegel »Welterbe« im Bereich Naturdenkmäler und Kulturstätten. Das Konzept wurde 1972 genauer definiert und hieraus Kriterien entwickelt. Ein Kulturgut gilt als Meisterwerk menschlicher Schöpferkraft, wenn es einen bedeutenden Austausch menschlicher Werte (z.B. in Architektur, Technik, Städtebau oder Landschaftsgestaltung) sichtbar machen kann. Es kann zudem ein einzigartiges Zeugnis einer kulturellen Tradition oder einer bestehenden bzw. untergegangenen Kultur darstellen. Herausragende Beispiele für Gebäude, Ensembles, Landschaften oder traditionelle Siedlungs- und Nutzungsformen sowie für die Wechselwirkung von Mensch und Umwelt können ebenso zum Welterbe zählen, besonders, wenn diese bedroht sind. Schließlich kann Welterbe eng mit Ereignissen, Lebensformen, Ideen, Glaubensrichtungen oder künstlerisch-literarischen Werken von außergewöhnlicher universeller Bedeutung verbunden sein.²⁰

Das 2003-Abkommen zur »Erhaltung des immateriellen Kulturerbes« erweitert diese Definition.²¹ Hier werden nicht nur Welterbestätten, sondern auch Praktiken einbezogen: Immaterielles Kulturerbe umfasst lebendige Bräuche, Traditionen, Ausdrucksformen sowie Wissen und Fertigkeiten, die Gemeinschaften, Gruppen oder Einzelpersonen als Teil ihres Kulturerbes verstehen, etwa mündliche Überlieferungen und Sprache, darstellende Künste, Rituale und Feste, Naturwissen, Handwerkstechniken und Formen sozialer Selbstorganisation. Es wird über

20 Die Deutsche UNESCO-Kommission veröffentlichte die »Kriterien« online unter: <https://www.unesco.de/orte/welterbe/wie-wird-eine-staette-welterbe/> (Aufruf am 15.03.2026).

21 Deutsche UNESCO-Kommission: *Übereinkommen zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes*, <https://www.unesco.de/orte/immaterielles-kulturerbe/immaterielles-kulturerbe-weltweit/unesco-uebereinkommen-zur-erhaltung-des-immateriellen-kulturerbes/> (Aufruf am 27.04.2026).

Generationen weitergegeben, stiftet Identität und Kontinuität und fördert kulturelle Vielfalt. Um den Titel Immaterielles Kulturerbe führen zu können, muss es mit den Menschenrechten, dem Grundgesetz und nachhaltiger Entwicklung vereinbar sein.²²

Aus kulturpolitischer Sicht bedeutend ist einerseits die Aufwertung von kulturellen Handlungen, Traditionen und Bräuchen. Vor dem Hintergrund von Flucht- und Migrationsprozessen und den gesellschaftlichen Veränderungen durch Digitalisierung und demografischem Wandel ist die immaterielle Kultur gefährdet und für die Verortung der einzelnen zunehmend wichtig. Um das Spannungsfeld zwischen tradierten kulturellen Praktiken und der Entwicklung neuer, rezenter Verfahren zu begegnen, hat die UNESCO 2005 das »Übereinkommen zum Schutz und der Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen« verabschiedet, das von Deutschland mitinitiiert, mitgestaltet und 2007 ratifiziert wurde.²³ Mit dem Abkommen wird sichergestellt, dass sowohl das Bewahren von Traditionen als auch die Förderung von innovativen, zeitgemäßen Praktiken unterstützt werden, ohne das beides gegeneinander ausgespielt wird.

Die kulturpolitische lokal-globale Vorgehensweise, welche in diesem Verfahren augenscheinlich wird, ist bemerkenswert. Die Initiative wird zunächst regional initiiert, um sich für die nationale Ebene zu bewerben. In diesem Prozess, an welchem Ende dann die Bewerbung bei der UNESCO in Paris steht, arbeiten verschiedene lokale, Landes- und Bundesinstitutionen zusammen, so die Deutsche UNESCO-Kommission, das Auswärtige Amt und die Kultusministerkonferenz. Über

22 Die »Aufnahmekriterien für das Bundesweite Verzeichnis des Immateriellen Kulturerbes« sind ebenfalls online veröffentlicht unter: <https://www.unesco.de/orte/immaterielles-kulturerbe/immaterielles-kulturerbe-werden/aufnahmekriterien-fuer-das-bundesweite-bundesverzeichnis-des-immateriellen-kulturerbes/> (Aufruf 18.03.2026).

23 Deutsche UNESCO-Kommission: *UNESCO-Übereinkommen zur Vielfalt kultureller Ausdrucksformen*, <https://www.unesco.de/themen/kultur/kulturelle-vielfalt/unesco-uebereinkommen-zur-vielfalt-kultureller-ausdrucksformen/> (Aufruf 16.03.2026).

die Vergabe des Siegels entscheidet ein international besetztes 24-köpfiges Gremium der UNESCO, dessen Zusammensetzung turnusgemäß wechselt. Auf diese Weise agieren verschiedene nationale und internationale bottom-up und top-down Abstimmungsmodelle recht effektiv zusammen. Die Initiation liegt dabei immer auf regionaler und lokaler, die endgültige Entscheidung auf internationaler Ebene.

Die UNESCO ist darüber hinaus eine bedeutende Akteurin innerhalb der globalen kulturpolitischen Diskurse. In Herbst 2026 diskutieren auf der UNESCO-Weltkonferenz für Kulturpolitik Mondiacult in einem runden Kreis jeweils sechs Kulturminister*innen aus 154 Ländern der Welt zu relevanten Themen wie Frieden, kulturelle Rechte, Klima und KI, umringt von kulturpolitischen Delegierten, Vertreter*innen von NGOs und Verbänden. Nicht nur das ungewohnte Setting – statt frontal nun im Kreis – wies in eine neue Richtung. Vielmehr machten die internationalen Positionen in ihrem Bekenntnis zu Solidarität und kultureller Zusammenarbeit Hoffnung. Mit Blick auf die Weltlage stellt sich jedoch die berechnete Frage, ob UN und UNESCO versagt haben. Viele Menschen sind derzeit von Kriegen betroffen. Es scheint, als gäbe Spaltung und Polarisierung weltweit den Ton an. Und doch konnten die Kulturminister*innen erste Früchte jahrzehntelanger Bemühungen des Dialogs, der Förderung von Vielfalt, der Akzeptanz von Ambiguitäten und des gegenseitigen Respekts ernten.

So zeigen die siebzehn Nachhaltigkeitsziele der UN-Agenda 2030, der Versuch, den globalen Herausforderungen gemeinsam zu begegnen und das Leben auf der Erde nachhaltiger und solidarischer zu gestalten, trotz einiger Tiefschläge erste Erfolge. Die Repräsentant*innen der Länder waren sich einig über die Notwendigkeit von Multiperspektivität und solidarischer Zusammenarbeit. Die »UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen« (2005) gilt, so der Eindruck auf der Weltkonferenz der Kulturpolitik, in den meisten Ländern zunehmend als richtungsweisend. Der Generalsekretär der Deutschen UNESCO-Kommission, Roman Luksch, hebt die Bedeutung der UNESCO für die internationale Kulturpolitik hervor:

»Bei der Darstellung der UNESCO als Institution der internationalen Kulturpolitik ist zweierlei zu unterscheiden: Zum einen etabliert die UNESCO über die Jahrzehnte hinweg internationale Standards für Kulturpolitik, über die sich die Mitgliedstaaten verständigt haben und mit denen sie sich selbst in ihrer nationalen Kulturpolitik messen lassen müssen. Zum anderen betreibt sie internationale Kulturpolitik, indem sie über Programme dafür sorgt, dass eine Kultur der Weltgemeinschaft erfahrbar wird, etwa im Bereich des kulturellen Erbes über das Instrument der Leistungen, dem eine Selektion im internationalen Wettbewerb inhärent ist. Auf beiden Ebenen zeichnet sich die Kulturpolitik im UNESCO-Kontext dadurch aus, dass sie sowohl der Idee des Schützens und Bewahrens verpflichtet ist als auch der Idee der Weiterentwicklung und der Teilhabe.«²⁴

Die Bedeutung des Schaffens von Räumen, in welchen internationale Kunst und Kultur gemeinsam erlebt und auf demokratische Weise befragt werden, kann nicht oft genug herausgestellt werden. Die UNESCO schafft hier, trotz berechtigter Kritik an immer noch teils eurozentrischen Schwerpunkten (Hauptquartier in Paris, leicht für Europäer*innen, schwer von allen anderen Partner*innen zu erreichen), Möglichkeiten und kulturpolitische Rahmungen.

8.7 Kurz zusammengefasst

- Auswärtige Kulturpolitik ist ein vergleichsweise junges Feld, da lange Zeit Kultur als Teil der Politik nicht eigenständig oder unabhängig gedacht wurde.
- Mit dem im 19. Jahrhundert zunehmenden wissenschaftlichen und künstlerischen Austausch entstehen Formate internationaler Kooperationen, die das Feld der auswärtigen Politik über den klassischen Politikbereich hinaus erweitern.

24 Luckscheiter, Roman: *Internationale Kulturpolitik der UNESCO*, in: Johannes Crückeberg/Julius Heinicke (et al.) (2024): *Handbuch Kulturpolitik*, Wiesbaden: Springer VS, S. 760.

- Koloniale und nationalsozialistische Politik nutzten Außenkulturpolitik strategisch, um das »Eigene« gegenüber dem »Anderen« abzugrenzen und die angebliche Vormachtstellung der eigenen Nation zu zementieren.
- In der Bundesrepublik haben sich nach dem Zweiten Weltkrieg verschiedene Mittlerorganisationen etabliert (u.a. Goethe-Institut, ifa, Alexander-von-Humboldt-Stiftung, Deutsche Welle, DAAD, DUK), welche den Kulturaustausch maßgeblich gestalten und primär demokratische Räume für Kunst und Kultur schaffen. Deutschland avancierte weltweit zu einem vertrauensvollen Partner, der freie Räume der Kunstpraxis unterstützt und fördert.
- Seit ihrer Gründung 1949 gilt die UNESCO als einflussreiche Akteurin in der internationalen Kultur- und Bildungspolitik, da sie im Sinne der UN-Konvention Kunst und Kultur als Mittel für den Frieden nutzt. Die von vielen Staaten ratifizierten Abkommen unterstützen die Vielfalt an kultureller und künstlerischer Praxis und Welterbestätten.
- Aufgrund des kulturpolitischen Gebarens einiger Großmächte (USA, China, Russland) wird vermehrt eine gemeinsame europäische auswärtige Kulturpolitikstrategie eingefordert.

8.8 Zukunftsmusik

- Aufgrund der globalen Bedeutung deutscher auswärtiger Kulturpolitik und des hohen Vertrauens in die Mittlerorganisationen sollten diese strategisch stärker für die Friedensbildung, den internationalen Dialog und die Unterstützung der Nachhaltigkeitsziele eingesetzt werden. Die Finanzierung sollte dementsprechend ausgebaut werden.
- Die inhaltliche Ausrichtung der Mittlerorganisationen muss unabhängig von der amtierenden Politik gestaltet werden. Ministerienvertreter*innen und aktive Politiker*innen sollten nicht Teil von Entscheidungsgremien sein, sondern nur eine beratende Funktion haben. Das schützt sie selbst und die Organisationen vor politischer

Instrumentalisierung und ermöglicht besonnenes Agieren jenseits politischen Zeitdrucks.

- Die EU sollte eine europäische Strategie der auswärtigen Kulturpolitik entwickeln, um eine Alternative zu polarisierenden Machtpolitiken der Gegenwart zu schaffen. Mittlerorganisationen sind ideale Partner*innen für das Auswärtige Amt, erste Sondierungsschritte hierfür zu gehen.
- Die europäischen Ziele demokratische Vielfalt, rechtsstaatliche Verankerung (Grundrechte und Kunstfreiheit) und Verantwortung für nachhaltiges Leben (SDG) werden in Zukunft immer entscheidender. Kunst und Kultur sind für die Verhandlung und Erfahrung dieser Werte von großer Bedeutung.